Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.60, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 8–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzerg. 5 nur an Wochentagen 8–3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile kompreter Schrift 15 Pfg., für Vereins- oder nach Anfragen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Expeditionen namhafte Vermittelungsbureaux an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Dresden-A., Telephon 389 **Costümfabrik Max Jacoby,** Galeriestrasse 26.
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Steingut unter **Bazar-Preisen.**
Salz- u. Mehl-Behälter neu, **Zwiebelmuster** à **50** und **90** Pf.
J. G. Klingner, Waisenhausstrasse 3.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf: **Altmarkt Nr. 2.**

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Regenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petzschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 18. Spiegel: Die auswärtige Politik des Reichskanzlers. Hofnachrichten, Ballfest im Ministerhotel, Gesammtrathssitzungen, Amtliche Bekanntmachungen, Gerichtsverhandlungen. Festvorstellung in der K. Hofoper. Historisches Clavierconcert von Buchmayer. **Mittwoch, 18. Januar.**

Politisches.

Die Zeitungen haben noch nie so gewaltig von Berichtigungen und Widerrufen gewimmelt, wie in der letzten Zeit. Graf Caprivi hat bekanntlich in der Militärkommission mehrere längere Reden gehalten und zunächst in einer breiten Auseinandersetzung den Versuch gemacht, ein detaillirtes Bild der internationalen, politischen Lage zu geben. Einige Berichterstatter haben dieser Rede beigewohnt und die Hauptsätze derselben der Oeffentlichkeit übergeben. Natürlich entspann sich im Anschluß hieran eine lebhafte Diskussion in der Presse aller Länder, denn die Worte des Leiters der deutschen Politik müssen eine gewisse Bedeutung für sich beanspruchen. Die Folge wiederum dieser Erörterungen sind jetzt ein halbes Dutzend von Dementirungen; gerade das, was allen Menschen als besonders merkwürdig erschien und was ein einigermaßen gewandter Berichterstatter doch eigentlich nicht mißverstehen sollte, wird als Erfindung erklärt. Das ist arg, sehr arg sogar, denn schon jetzt sind von zwei Seiten her sehr lebhafte Rekriminationen gegen die angeblichen Aeußerungen des Kanzlers erfolgt und wahrscheinlich stehen noch einige diplomatische Noten aus dem Osten und Westen bevor. Zunächst hat der italienische Minister des Aeußern sich dem Botschafter Grafen Solms gegenüber ziemlich verschnupft gezeigt, daß Graf Caprivi die Bündnißtreue Italiens angezweifelt habe. Es ist recht erfreulich, daß der italienische Minister die Zusicherung geben konnte, die Wehrheit seiner Landsleute stehe auf dem Boden der bisherigen Politik; aber warum hat dann nun Alles in der Welt der deutsche Staatsmann seine Zweifel ausgesprochen? Zweifel sind doch stets die Todten näher der Liebe. Eine zweite Entgegnung auf die Kanzlerrede erfolgte im dänischen Volksthing. Hier protestirte man sehr lebhaft dagegen, mit den Feinden Deutschlands in einen Topf geworfen zu werden und sich als einen Faktor bezeichnet zu sehen, der in einem zukünftigen Kriege stark gegen Deutschland in die Waagschale fallen solle. Man erstrebe nichts Anderes, das wurde von Ministern und Volksvertretern sehr deutlich betont, als vollkommene Neutralität. Warum mag nun der deutsche Kanzler das Gegentheil behauptet haben? Oder hat er auch die auf Dänemark und Italien bezüglichen Sätze gar nicht gesprochen? Dann blieben noch den bisher schon erfolgten Dementis von dem Bericht über seine große Rede nur etwa noch einige Zahlen übrig. Reden haben ihre Schicksale.

Ganz besonders bezeichnend war die Aufnahme, welche die Kanzlerrede in Oesterreich gefunden hat. Sogar die kanzlerfromme Kölnerin faßte die Wiener und Pester Aeußerungen in folgenden Stimmungsbericht zusammen: „Man entdeckte in dieser Kundgebung jubelnd eine Wendung in der deutschen auswärtigen Politik, die nunmehr die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns auf der ganzen Linie seiner Großmachtstellung decke. Auch die englische Presse, die der Ansicht ist, die gütige Vorsehung habe den deutschen Michel eigens zu dem Zwecke geschaffen, damit er für andere Leute die Kastanien aus dem Feuer hole, stieß in dasselbe Horn. Die üblichen gehässigen Angriffe gegen den Fürsten Bismarck und seine zweideutige Schaukelpolitik fehlten selbstverständlich nicht. Wenn diese verschrobenen Dithyramben des interessirten Auslandes berechtigt wären, so müßten die Aeußerungen des Grafen Caprivi in Deutschland den schärfsten Tadel herausfordern. Denn das deutsche Volk muß unbedingt verlangen, daß die Machtmittel des Deutschen Reiches nur für deutsche Interessen eingesetzt werden." Allerdings setzte hier eine der vielen Norddeutsch-Allgemeinen Berichtigungen ein, aber der Eindruck läßt sich nicht mehr verwischen, daß Deutschland in der Orientpolitik im Schlepptau Oesterreichs marschire. Erbaulicherweise schreiben daher auch die österreichischen und ungarischen Blätter sehr eifrig zu Gunsten der deutschen Militärvorlage, aber nicht eines dieser Blätter macht auch nur davon, die eigene Armee zu vermehren und den Geldbeutel der eigenen Steuerzahler zu belasten. Und doch hatten nach den Worten des zweiten deutschen Kanzlers seinerzeit die Handelsverträge mit ihren schweren Schädigungen des deutschen Wohlstandes keinen höheren Zweck, als unseren Bundesgenossen die Verstärkung ihrer Wehrkraft zu ermöglichen! Und steht es nicht mit England ganz ähnlich? Es ist notorisch, daß Graf Caprivi in der Kommission erklärt hat, es sei nicht ausgemacht, daß England im Falle eines Krieges zwischen dem Dreibunde und dem Zweibunde interveniren werde. Hier haben wir bekanntlich unsere reichen Kolonieen hingegeben und durch die Auslieferung von Witu den Respekt der Schwarzen vor dem deutschen Namen verkauft. Und nun haben wir die Patette! Noch eines aber verdient aus der Erörterung über die hohe Politik Erwähnung. Als Hauptmittel, die Vorlage mit hier geschöpften Gründen zu vertheidigen, wird auf die infolge des Panamaskandals herbeigeführte Lage in Frankreich hingewiesen. Ja aber hat denn diese Affaire schon am Horizonte gestanden, als die Vorlage ausgearbeitet und eingebracht wurde? Damals war der Himmel noch heiter und Herr Carnot saß noch sicher auf seinem Stuhl, der ihm jetzt zum Sorgenstuhl in des Wortes verwegenster Bedeutung wurde.

In der eineuten Berathung der Militärkommission ist die hohe Politik glücklicherweise so gut wie ganz aus dem Spiel geblieben. Glücklicherweise — denn die politischen Theorieen des Grafen Caprivi, so „ungemein einfach" sie nach seinen eigenen Worten sind, führen immer nur zu unliebsamen Zwischenfällen. Man ist in der Kommission vielmehr auf die militärisch-technische Seite der Frage eingegangen. Herr von Frieren hat bekanntlich seine volle Zustimmung zur Vorlage ausgesprochen, die Freikonservativen sind gleichfalls Anhänger derselben, Herr von Bennigsen schlägt ein Kompromiß vor und Herr von Buol hat als Centrumsredner ein bedeutend größeres Entgegenkommen gezeigt, als sein radikaler Parteigenosse Lieber. Auch die Polen sind halb und halb gewonnen. Prüft man hiernach die Chancen der Militärvorlage, vergegenwärtigt man sich zugleich, daß Graf Caprivi von dem anfänglichen starren Festhalten an dem letzten Tipfelchen schon einigermaßen zurückgekommen ist, so darf man mit Sicherheit darauf rechnen, daß ein Kompromiß zu Stande kommt. Ist auch Form und Inhalt desselben noch nicht fixirt, so darf man doch annehmen, daß die Prinzipien der jetzigen Vorlage acceptirt und Aktiviche nur insofern gemacht werden, als ein Theil der für die vierten Bataillone geforderten 60,000 Mann noch unbewilligt bleibt. Herrn von Bennigsen's dahinzielender Vorschlag scheint thatsächlich die größte Aussicht auf Annahme zu haben!

Nimmt die Geschichte diesen Ausgang, für den Manches, gegen den Vieles spricht, so möge wenigstens dadurch ein Hauptstachel wegfallen, daß die Börse gezwungen wird, den größten Theil der Mittel zu liefern. Die Konservativen haben ja wohl dahinzielende Anträge in petto: Möge es wenigstens gelingen, daß die Leute, die hauptsächlich wegen der eigenartigen Gestaltung ihrer Beine dem Kriegsdienste fern bleiben, mit ihrem Geldsack bluten. Aber, aber . . . .!

Lü—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. Januar.

Berlin. Im Reichstage begründete Abg. Brömel (freis.) nachstehende Interpellation: Sind seitens der verbündeten Regierungen Maßnahmen beabsichtigt, um die neuerdings in Aussicht genommenen Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif vor ihrer endgiltigen Feststellung in solcher Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß die daran vornehmlich interessirten gewerbtreibenden Kreise ihre gutachtlichen Aeußerungen darüber rechtzeitig abgeben können? — Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn-Gültz erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation sofort bereit. — Abg. Dr. Brömel begründet die Interpellation und wünscht möglichst eine Veröffentlichung der wichtigsten Punkte des Verzeichnisses im „Reichsanzeiger". Staatssekretär v. Maltzahn erklärt eine auszugsweise Veröffentlichung für ungenügend, da über den Begriff „Wichtigster Punkt" die Meinungen auseinandergingen, eine vollständige Veröffentlichung aber für technisch schwer ausführbar und für verfassungsmäßig bedenklich. Der Entwurf des neuen Verzeichnisses soll dem Bundesrathe Ende dieses oder Anfang nächsten Monats zugehen. Die Berathung im Bundesrath soll hinausgeschoben werden und währenddem legitimirten Interessenten Gelegenheit gegeben werden, den Entwurf einzusehen und sich darüber zu äußern. Mit dieser Erklärung will Brömel zufrieden sein. Dann wurde die Berathung der Branntweinsteuervorlage fortgesetzt. — Abg. Uhden (kons.): Abg. Wurm habe sich gegen den Kartoffelbau geäußert, weil im Osten, wo die Bevölkerung theils blos auf den Kartoffelbau angewiesen sei, die Sozialdemokratie keinen Eingang finde. Die Vorlage anlangend, so sei die Aufrechterhaltung der Steuerdifferenz Conditio sine qua non, unter der seine Freunde unter Umständen zustimmen könnten. Redner wendet sich dann eingehend unter Beibringung zahlenmäßiger Belege gegen die Charakterisirung der Steuerdifferenz als eine Liebesgabe für die Brenner. — Abg. Dr. Barth (freis.): Der Ausdruck „Liebesgabe" sei nur ironisch gemeint, von einem Geschenk sei keine Rede, denn ein Geschenk werde freiwillig gemacht; freiwillig würden aber die Steuerzahler den Brennern keine 40 Mk. geben, viel weniger 40 Mill. Es handle sich um eine Contribution, die 40 Mill. würden gewährt als Entgelt für die Sünden der Brenner vor 1887 und für den Rückgang des Exportes, aber das Gesetz von 1887 habe weder die Ueberproduktion noch den Rückgang des Exportes verschuldet, es habe auch die Freisinnigen nicht gedrückt; die Preisbildung hänge vielmehr von dem Ausfall der Kartoffelernte ab. Wenn man aber behaupte, daß es die Kartoffelpreise gedrückt habe, dann müsse man logischer Weise auch die Kartoffelbauer entschädigen. Eine solche extravagante Maßregel wie die Liebesgabe könne unmöglich für die Dauer beibehalten werden. Wolle man aus dem Branntwein mehr ziehen, so schaffe man die Liebesgabe ab. — Bayerischer Finanzminister Riedel: Dr. Barth habe festgehalten, daß eine sogenannte Liebesgabe bestehe, aber er habe nicht gesagt, wo dieselbe eigentlich stecke, sie müsse sich doch in exorbitanten Gewinnen ausgedrückt haben, solche hätten sich aber selbst durch sorgfältigste Ermittelungen nicht feststellen lassen. — Abg. Fürst v. Hatzfeldt-Trachenberg (Reichsp.): Ein ad hoc Monopol sei zur Zeit nicht durchführbar, wohl aber werde der Reichstag, wenn die Regierung mit einer Aenderung der Branntweinsteuer herantrete, nicht umhin können, auf die Fabrikatsteuer zurückzukommen. Damit werde den kleineren und mittleren Brennereien die Existenz ermöglicht und eine zweckmäßige Verwerthung der Schlempe gesichert; allerdings würde eine Export-Bonification gewährt werden. — Abg. Dr. Hoffel (Reichsp.) spricht sich gegen eine Erhöhung der Branntweinsteuer aus und weist auf den Tabak hin als ein Objekt, das namentlich in Monopolform eine höhere Steuer leicht tragen könne. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) widerspricht den Barthschen Ausführungen; der Spirituspreis hänge nicht von der Kartoffelernte, sondern der Kartoffelpreis von dem Spirituspreise auf dem Weltmarkte ab. Die Fabrikatsteuer würde die landwirthschaftlichen Brennereien ruiniren; der Weltmarkt sei für den deutschen Spiritus verloren. Die hohen russischen Exportprämien in Verbindung mit der Valutaregulirung verhindere eine Konkurrenz mit russischem Spiritus; außerdem produzirten jetzt die früheren Importländer selbst Spiritus und schützten die Industrie durch hohe Zölle. — Abg. v. Staudy (kons.) spricht sich sowohl gegen die Fabrikatsteuer und das Monopol, als auch gegen die vorliegende Steuernovelle aus. Wenn seine Freunde der Militärvorlage zustimmten, so erkennten sie auch die Verpflichtung an, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen; dieselben seien aber anderweit aufzubringen. Die Vorlage geht an die Militärkommission. — Morgen: Anträge Ackermann, sowie des Centrums betr. die Hebung des Handwerkerstandes.

Berlin. Der Kaiser hielt heute ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens ab; diesem ging die Investitur des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen, des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und des Prinzen Friedrich Carl von Hessen voraus. — In der Budgetkommission des Reichstages gab Staatssekretär v. Stephan die Erklärung ab, daß Verhandlungen über eine anderweitige Regelung der Zeitungsbeförderung, bei der gegenwärtig die billigen Zeitungen sehr im Vortheile gegenüber den größeren im Ganzen seien. Im Frühjahr werde darüber eine Konferenz in Stuttgart stattfinden. Auch in der Frage der Dienstaltelszulage versprach Oberpostrath Fischer Weiterförderung; man sei auch wegen dieser Frage mit den süddeutschen Staaten schon in Verbindung getreten. — Der Gesammtvorstand der konservativen Partei wird demnächst zu einer Sitzung einberufen werden, um den, auf dem konservativen Parteitage am 8. Dezember v. J. gestellten Antrag Meynert's auf Bildung eines 28er Ausschusses aus Parlamentariern und Vertrauensmännern der Bundesstaaten, zu berathen. — Das Abgeordnetenhaus begann heute die Etatberathung. Alle auftretenden Redner hielten eine Aenderung der Finanzzitung in der Eisenbahnverwaltung für nothwendig, derart, daß in Zukunft in besseren Zeiten Reserven für schlechtere Zeiten angesammelt werden sollen. Auch darüber war man einig, daß lediglich die wirthschaftlichen Zustände den ungünstigen Etatsabschluß herbeigeführt hätten und daß mit Besserung dieser Verhältnisse auch die in Rechnung gestellten Einnahmen einen Mehrertrag ergeben würden. Der Konservative Frhr. v. Minnigerode warnt im Interesse der Landwirthschaft vor einem deutsch-russischen Handelsvertrage, nachdem die vor Kurzem abgeschlossenen Verträge so schlechte Früchte getragen hätten. Im Uebrigen wünscht der Redner größere Unabhängigkeit der Staats- von den Reichs-Finanzen und Anhörung der Finanzminister der einzelnen Staaten bei Aufstellung neuer Reichsausgaben. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Enneccerus erwiedert, daß man einen deutsch-russischen Handelsvertrag nicht ungesehen von der Hand weisen dürfe, da die Interessen der Landwirthschaft doch nicht allein, sondern auch die der Industrie zu berücksichtigen seien. Morgen wird die Debatte fortgesetzt. — Ludwig Pietzsch, der bekannte Mitarbeiter der „Voss. Ztg.", ist von einem eigenthümlichen Unfalle betroffen worden, der erst jetzt bekannt wird. Bei einem Weihnachtsbesuche in einer befreundeten Familie wurde er, als er der Hausfrau die Hand entgegenstreckte, von einer Dogge angefallen, die sich in seinen Arm so fest biß, daß sie von der Hausherrin mit einem Revolver erschossen werden mußte und ihre festgebissenen Kiefern mit Gewalt auseinander gerissen werden mußten. — Ernst v. Wildenbruch erklärt in einer Zuschrift an die „Nationalztg.", daß die Nachricht, er hätte zur Bildung einer neuen politischen Partei aufgefordert, falsch sei; er sei Schriftsteller, nicht Politiker. — Der Bildhauer Johannes Uhde, Schüler des Professors Johannes Schilling, ist in Altona gestorben. — Die Aufführung von Tosca im Stuttgarter Neuen Theater ist verboten worden. — Hauptmann v. Strauch wurde Ordonnanzoffizier bei dem Erbprinzen von Reuß j. L. und erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Königl. sächsischen Albrechtsordens. — Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben einen Antrag auf Errichtung eines städtischen Centralarbeitsnachweises gestellt, der neben kostenloser Arbeitsvermittelung die Führung einer Arbeitslosen-Statistik bewirken soll. — Aus Hamburg werden von gestern zu heute 2 Cholerarkrankungen gemeldet.

Hamburg. Bei der heutigen Submission auf 50 Mill. 3½prozentiger Hamburger Staatsanleihe erhielt die Gruppe der Norddeutschen Bank den Zuschlag zum Course von 96,30.

Köln. In Wanne wurde gestern unter Vorsitz des Oberpräsidenten eine Berathung mit den Regierungspräsidenten von Arnsberg, Düsseldorf und Münster, sowie den Landräthen und Oberbürgermeistern der betheiligten Kreise über den Streik abgehalten. Die Lage wird noch immer für sehr ernst angesehen. Die erforderlichen Maßregeln werden angeordnet. Auf 30 Zechen der genannten Bezirke sind noch 9740 Mann ausständig.

Halle. In der benachbarten Provinzialirrenanstalt Nietleben ist in den letzten beiden Tagen Cholera nostras aufgetreten, an welcher bis jetzt 8 Personen verstorben sind.

Ratibor. Der Früh-Schnellzug durchfuhr eine Abtheilung von Streckenarbeitern bei Oderberg. Zwei der Arbeiter wurden sofort getödtet und gräßlich verstümmelt.

Wiesbaden. Das Rheineis steht von der Loreley bis nach Mainz fest.

Saarbrücken. Die gestrige Versammlung auf Bildstock war nur von 250 Mann besucht. Heute sind nur noch 1402 Mann ausständig, 1602 Mann weniger als gestern. — Die „Saarbrückener Zeitung" bestätigt, daß gestern Vormittag, kurz nach der Frühschicht, auf Grube „Reden" und Flöz „Alexander" durch Explosion schlagender Wetter 5 Bergleute umgekommen sind und 2 verletzt wurden.

München. Den gestrigen glänzend verlaufenen Hofball eröffnete der Prinzregent mit der Gemahlin des sächsischen Gesandten.

Nürnberg. Wegen Soldatenmißhandlung, Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kolben gegen die Schienenbeine und dergl., wurde in Erlangen gegen mehrere Unteroffiziere und einen Vicefeldwebel das Strafverfahren eingeleitet.

Wien. Anknüpfend an die Rede des Grafen Caprivi bringt die „Neue freie Presse" über die Verpflichtungen Deutschlands und Oesterreichs aus dem Bündnißvertrage einen Artikel, dessen Schlußfassung wie folgt lautet: „Ganz gewiß wird nicht immer gleich der pommersche Musketier zum Gewehr greifen oder der österreichische Husar in den Sattel steigen müssen, wenn ein deutsches oder österreichisches Interesse getrennt zu vertreten ist, aber wo es sich um die große europäische Gesammtfrage, um Weltkrieg oder Weltfrieden, um Elsaß-Lothringen oder Konstantinopel handelt, da stehen Oesterreich und Deutschland um einander, ihr gemeinsames Schicksal ist ihr gemeinsames Interesse."

Prag. In der Nacht zu gestern ist ein auf der Schanze Wache stehender Soldat in seinem Schilderhäuschen erfroren. Ferner melden die czechischen Blätter, daß am Donnerstag bei einer Felddienstübung bei Prag 18 Geniesoldaten Ohren, Nase und Hände derart erfroren haben, daß sie in's Hospital geführt werden mußten. — Bei Königgrätz wurde an einem erloschenen Lagerfeuer eine 16köpfige Zigeunerfamilie erfroren aufgefunden.

Paris. „Cocarde" behauptet, Ribot habe sich mit Ferry versöhnt, um den Panamaskandal schnell zu beendigen. Das Blatt kündigt ernste Ereignisse innerhalb 48 Stunden an. Der Untersuchungsrichter stellte die Strafverfolgung gegen Rouvier, Arène und Develle ein, dagegen wird das Verfahren gegen Baihaut, Grévy, Renard und Proust fortgesetzt. Andrieux ist nach London abgereist, um mit Rochefort zu konferiren. — Der Marineminister ordnete die sofortige Verproviantirung des Panzergeschwaders, welcher in dem Hafen von Cartillo in Bereitschaft steht, an, um sofort nach der Küste von Marokko abzugehen.

Paris. Die Panamauntersuchungskommission hat aus ihrer Mitte einen Untersuchungsausschuß ernannt, welcher die Angelegenheit bezüglich der Einführung der Lichtdruckchronik „Wenger", wegen welcher die bekannten Angriffe gegen Freycinet erfolgten, genauer prüfen soll.

Paris. Der Gesetzentwurf, wonach Beleidigungen fremder Staatsoberhäupter und beim Präsidenten der Republik beglaubigter diplomatischer Vertreter dem Zuchtpolizeigericht überwiesen werden sollen, ist heute im Senat eingebracht worden. — Panamaprozeß. Der Generalstaatsanwalt beantragt die Verurtheilung sämmtlicher Angeklagten einschl. Ferdinand v. Lesseps, der seit Beginn des Unternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen und betrügerische Machenschaften angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu veranlassen; ferner wies er darauf hin, daß aus dem Gesellschaftsfond 600 Mill. vergeudet worden sind.

Gent. Ein Ingenieur machte in Gegenwart der Vertreter der hiesigen Bankhäuser eingehende Mittheilungen über das Maffon-Simplon-Durchstechungsprojekt. Die Bahn wird als Zahnradbahn ausgeführt unter Benutzung von Elektricität als Betriebskraft. Die Kosten würden sich auf 10 Mill. Mk. belaufen, die Ausführung 4 Jahre in Anspruch nehmen.

London. Zwischen Matadi und Ampoff am Congo stieß ein Bahnzug, mit Europäern und Eingeborenen besetzt, mit einem Dynamittransportzug, welcher 154 Kisten Dynamit und 82 Tonnen Pulver enthielt, zusammen. Die Waggons wurden vollständig zerstört. Die Leichname sind größtentheils in Stücke zerrissen, der einzige anwesende Arzt wurde schwer verwundet, 4 Europäer und 46 Schwarze sind todt. — Gegen den Präsidenten von Haiti, Hippolite, ist ein Aufstand ausgebrochen. — Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich ist in Bombay angekommen. Derselbe wird heute Abend an's Land gehen und festlich empfangen werden.

Kopenhagen. Die Reise des Königs nach Berlin ist aufgegeben, da sämmtliche Häfen durch Eis geschlossen sind.

Petersburg. Dem Emir von Buchara, der hier eingetroffen ist, wurden die Brillantinsignien zum Alexander Newski-Orden ver-

Pfund's Kinderwitsch. Trocken-füttrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42